Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 33. Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Königstr. 26, Tel. I, Nr. 4683.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10.
" " Dresden, Marienstr. 34.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Viktor Klinkhardt.

Nr. 540. **Montag** 23. Oktober 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Freiherr Speck von Sternburg wird nach Amerika die deutschen Vorschläge für die Neugestaltung der Handelsbeziehungen überbringen. (S. Deutsches Reich.)

* Im ganzen britischen Reich wurde am Sonnabend die hundertjährige Gedenkfeier der Schlacht bei Trafalgar begangen. (Siehe Ausland.)

* Es verlautet mit wachsender Bestimmtheit, daß Minister von Gautsch amtsmüde sei. (S. Ausland.)

* Den Großen Preis von Berlin auf der Radrennbahn zu Steglitz gewann gestern Kobl überlegen. — Im Wiener Austriapreis von 100 000 Kronen wurde Capt. G.'s F.-G. „Mac H." erster. (S. Sport.)

Politische Wochenschau.

Der Wechsel im preußischen Handelsministerium ist in der letzten Woche vollzogen worden. Herr Möller, oder vielmehr Herr von Möller, wie man jetzt sagen muß, ist in allen Ehren entlassen worden. Und doch wird man ein bitteres Gefühl des Unbehagens nicht los, wenn man des „langen Möllers" Glück und Ende sieht. Er hat vielleicht, als ihn des Kaisers Vertrauen über alle bureaukratischen Stacheldrähte hinweg aus dem Fabrikkontor in das Ministerzimmer berief, von großen Aufgaben geträumt, die er lösen könnte, und von großen Diensten, die er dem Handel und Gewerbe leisten könnte. Aber an seinem Schicksal zeigt sich wieder, daß ein Minister ohnmächtig ist, der keine parlamentarische Mehrheit hinter sich hat. Der gute Wille war bei Möller gewiß vorhanden, und wer heute etwas von obenher urteilen zu können glaubt, daß die Kräfte fehlten, der vergißt eben die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte. Das preußische Abgeordnetenhaus mit seiner reaktionären Mehrheit empfand es als störend, daß ein liberaler Kaufmann berufen sein sollte, Preußens Geschicke mit zu lenken, und diese Mißstimmung, die von Anfang an bestand, wurde allmählich zur unverhüllten Abneigung. Aber auch im preußischen Ministerium wurde Möller immer als ein Fremdkörper angesehen; er paßte nicht in die Schablone. Es ist deshalb schwer zu sagen, was Möller in einem glücklicheren Milieu hätte leisten können. Muß ihm doch ohnehin der Handel für so manche aus vollster Sachkenntnis heraus gewährte Förderung dankbar sein; muß er ihm doch vielleicht noch mehr dafür danken, daß er so manchen Angriff und Eingriff auf dem Gebiet des Verkehrs glücklich abgewehrt hat. Auch das ist schon etwas, wenn man bedenkt, daß man Möllers Vorgänger den spöttischen Titel eines Ministers gegen den Handel gegeben hatte. In keinem Falle verdiente Möller die schnöde Behandlung, die ihm von seinen ehemaligen Freunden im westlichen Industriegebiete zu Teil wurde. Er, der nach seiner ganzen Entwicklung mit den Bergherren und Industriebaronen sympathisierte, mußte gerade mit ihnen die härtesten Kämpfe durchfechten, Kämpfe, bei denen auch die vergifteten Waffen nicht fehlten. Es hat Herrn Möller gewiß Ueberwindung gekostet, im Gegensatz zu seiner persönlichen Ueberzeugung, aber durch den Zwang der Verhältnisse getrieben, den staatlichen Einfluß auf die Kohlenförderung zu verstärken. Aber es war unklug, daß ihn die Bergherren wie einen Verräter behandelten. Das hat er nicht um sie verdient. Sie haben damit auch nur reaktionären Tendenzen in die Hände gearbeitet. Möllers Nachfolger Delbrück kommt aus ganz anderen Verhältnissen. Er wird sich vor allem erst die nötige Kenntnis des komplizierten Getriebes erwerben müssen; bis dahin regieren die Schablone und der Geheimrat.

Auch sonst scheint sich innerhalb des preußischen Ministeriums eine Blutauffrischung vollziehen zu sollen. Der Minister des Innern Freiherr v. Bethmann-Hollweg ist schon im Frühjahr an die Stelle des verstorbenen Freiherrn v. Hammerstein getreten. Herr Schönstedt, der Justizminister, will gleichfalls den Ministerstaub von seinen Pantoffeln schütteln und sein Leben als Privatmann beschließen, und auch von Herrn v. Budde heißt es mit immer größerer Bestimmtheit, daß er amtsmüde sei. Weniger wahrscheinlich will uns die Allarmnachricht dünken, daß auch Herr Studt sich mit Rücktrittsgedanken trägt; er dürfte erst einmal beim Schulunterhaltungsgesetz, das freilich nicht fertig werden will, zu beweisen haben, was er kann. Auch Herr v. Podbielski sitzt wohl nach wie vor fest im Sattel, wenn er auch gelegentlich über sich selbst blutige Witze verbricht. Der „Minister für die Fleischnot" paßt nun einmal zu gut in das heutige System, als daß man ihn schon entbehren könnte; doch schließt das natürlich nicht aus, daß er eines Tages sein Automobil in Bewegung setzt, um die geheizte Stube in Dallmin aufzusuchen. Denn was beharrt, ist bei uns nur der Wechsel.

Der Friede von Portsmouth hat durch die Unterschriften des Zaren und des Mikado seine Sanktion erhalten. Beide Monarchen haben im Anschluß daran Friedensmanifeste an ihre Völker erlassen. Der Mikado ist wortreicher als der Zar, und er darf es sein, weil er mit Recht auf einen „ruhmvollen Erfolg" der japanischen Armee und Marine hinweisen kann; er warnt zugleich mit gutem Grunde seine Untertanen vor Kundgebungen prahlerischen Stolzes. Der Zar kann nur von den schweren Prüfungen und Schicksalsschlägen eines blutigen Krieges sprechen. Beide aber weisen auf die friedlichen Aufgaben hin, die ihrer Völker jetzt harren.

Und beide Mächte haben auch genug zu tun, um erst einmal zu Hause wieder Ordnung zu schaffen. Besonders in Rußland vollzieht sich der Uebergang in die neue Staatsform unter den größten Schwierigkeiten und Hindernissen. Immer neu lodert der Aufstand empor; von Moskau aus ist jetzt der Funke des Streiks wieder nach Petersburg übergesprungen, und wenn auch der Versuch eines Generalstreiks als gescheitert angesehen werden kann, so müssen doch die ewigen Unruhen ebenso die Autorität der Regierung untergraben, wie sie den Wohlstand des Landes zerrütten. Ob sich die Hoffnung des Zaren auf die Reichsduma, die im kommenden Januar zusammentreten soll, wirklich erfüllen wird, steht noch nicht fest. Es wird davon abhängen, ob es gelingt, an die Spitze des Ministeriums einen Mann zu setzen, der Energie mit Weisheit verbindet. Graf Witte scheint einige Aussichten zu haben, der künftige Reichskanzler Rußlands zu werden; und schwerlich könnte Nikolaus II. eine bessere Persönlichkeit finden. Aber sicher ist es noch keineswegs, daß Witte diesen leitenden Posten erhält; vielleicht sieht man gerade, weil er den Glanz des Selbstherrschertums schmälern könnte, eine bei Hofe beliebte Null an die Spitze des Ministeriums. Und dann dürfte die im Zeichen des beschränkten Konstitutionalismus stehende Zukunft nur noch eine Komplizierung der russischen Schmerzen bringen.

Auch in Skandinavien ist nun das Siegel unter die Auflösung der Union gedrückt worden. Oskar II. hat die außerordentliche Session des schwedischen Reichstages mit einer aus Trauer und Resignation gemischten Thronrede geschlossen, aber auch mit der Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden skandinavischen Völkern. In Norwegen sucht man unterdessen für den abgesetzten König Ersatz zu schaffen. Wenn die republikanische Partei bisher viel Lärm machte, so zeigt sich jetzt, daß man doch ohne einen neuen Herrscher nicht auskommen zu können glaubt. Zweifellos wird die Wahl, da das Haus Bernadotte abgelehnt hat, auf den Prinzen Karl von Dänemark fallen. König Eduard VII. soll selbst seiner Tochter Maud, die mit dem Prinzen Karl vermählt ist, recht nahegelegt haben, sich gegen die norwegische Krone nicht zu sträuben.

In Ungarn ist Baron Feiervary vom Kaiser Franz Josef aufs neue mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt worden und das Kabinett ist bereits fertig. Man muß auch zugeben, daß Feiervary diesmal unter glücklicheren Auspizien zu seiner Aufgabe herantritt. Die koalierte Opposition ist mürbe geworden und möchte gar zu gern ihren Frieden mit Wien machen. Außerdem scheint Feiervary sein Projekt einer Wahlreform so weit abgeändert zu haben, daß er wieder auf den Beistand des Grafen Tißza und der liberalen Partei rechnen kann. Damit hat er eine feste Basis gewonnen, von der aus er auf Neuwahlen mit der guten Hoffnung auf eine Regierungsmehrheit hinarbeiten kann. Und eine Regierungsmehrheit tut Ungarn bitter not, wenn die Zustände im Innern, wie seine auswärtigen Beziehungen nicht völlig zerrüttet werden sollen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 23. Oktober.

* **Die Kaiserin** nahm heute vormittag in Potsdam die Gratulationen des engeren Hofes zu ihrem Geburtstage entgegen. Später unternahmen beide Majestäten einen Spaziergang. Um 1 Uhr fand bei Ihren Majestäten Familientafel statt, an der die hohen Gäste teilnahmen; für die Umgebungen und Gefolge war Marschalltafel. Nachmittags machten der Kaiser mit dem Prinzen Heinrich einen längeren Spaziergang und arbeitete hierauf allein. Abends um 7 Uhr fand im Theatersaal des Neuen Palais eine Theatervorstellung statt, an welche sich ein Souper in der Jaspisgalerie anschloß. Zu dem Fest waren zahlreiche Einladungen ergangen; es nahmen teil an demselben der Kronprinz und die Kronprinzessin, die Prinzen Eitel-Friedrich, Adalbert, August Wilhelm, Oskar und Joachim, die Prinzessin Viktoria Luise, Prinz und Prinzessin Heinrich, Großherzog und Großherzogin von Oldenburg, Herzogin Sophie Charlotte von Oldenburg, Prinzessin Friedrich Leopold und die in Potsdam und Berlin weilenden Prinzen des Königlichen Hauses.

* **Der Landesverein der deutschen Reformpartei** im Königreich Sachsen beabsichtigt seine ordentliche Hauptversammlung (Sächs. Parteitag), Sonntag, den 12. November, in Chemnitz abzuhalten. Ursprünglich sollte dieselbe 8 Tage früher anberaumt werden. Mit Rücksicht auf den Chemnitzer Jahrmarkt hat sich aber die Verlegung nötig gemacht. Der Vorstand des Landesvereins hält morgen, Dienstag, eine Sitzung ab, die sich mit der Vorbereitung des Parteitages beschäftigen wird.

* **Die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen.** Nach den „Münch. Neuest. Nachr." tritt in den nächsten Tagen der deutsche Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg nach beendetem Urlaub die Rückreise auf seinen Posten an. Er überbringt, wie das Münchener Blatt wissen will, zugleich die deutschen Vorschläge für die Neugestaltung der Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten auf der Grundlage eines Tarifvertrages unter Gewährung gegenseitiger Reziprozität. Ebenso soll der Botschafter die Kündigung des jetzigen Meistbegünstigungs-Vertrages überreichen, die mit Rücksicht auf das Inkrafttreten der neuen Handelsverträge und des neuen Zolltarifs am 1. März 1906 spätestens am 30. November d. J. erfolgen muß.

* **Neues über den Rücktritt Möllers** und die Rolle, die hierbei Herr von Lucanus spielte, glaubt eine Berliner Lokalkorrespondenz mitteilen zu können. Wir registrieren ihre Darstellung, ohne uns für sie zu engagieren. Sie scheint auf Kreise anzuspielen, die der Hibernia nahe stehen, wenn sie schreibt:

„Sobald Staatsminister von Möller merkte, mit welchen Erfolge gegen ihn in Hamm konspiriert wurde, ließ er Herrn von Lucanus wissen, daß er ihn zu sprechen wünschte, um in seiner Sache völlig klar zu sehen. Darauf teilte Herr von Lucanus dem Handelsminister mit, daß er ihm den Weg nach Potsdam sparen wolle und da er ohnehin in den nächsten Tagen nach Berlin komme, daselbst gern dem Herrn Handelsminister zur Verfügung stehe. Tatsächlich kam Herr von Lucanus jetzt bald nach diesem Briefwechsel in Berlin an und telephonierte man an dem fraglichen Tage, wie wir damals meldeten, um 1 Uhr nachmittags in das Handelsministerium, er erwarte den Besuch des Herrn Möller, der sich auch alsbald zu ihm begab. Nachdem der Handelsminister durch Herrn v. Lucanus bei dieser Unterredung die verlangte Aufklärung erhalten hatte, reichte er unverweilt beim Kaiser sein Entlassungsgesuch ein. Sonach ist es Herr v. Möller, der, sobald er die Tragweite der zu Hamm gesponnenen Intriguen erkannte, ohne jede weitere Anregung von oben dem Kaiser sein Portefeuille zur Verfügung stellte. Er will fortab nur Privatmann sein."

* **Ein Grenzskandal.** Es ist leider nichts Seltenes, daß an der deutsch-russischen Grenze durch russische Uebergriffe in die Rechte deutscher Staatsangehöriger eingegriffen wird. Und leider muß man sagen, daß unsere Regierung nicht immer mit der nötigen Schärfe solche Uebergriffe zurückweist, weil sie allzusehr auf ein ungetrübtes diplomatisches Verhältnis zu Rußland Gewicht legt. Jetzt aber liegt ein besonders krasser Grenzskandal vor. Nach dem „Oberschles. Tgbl." sind zwei junge Leute, ein Berapraktikant und ein Schlosser, vom preußischen Boden weg verhaftet, einen Tag und zwei Nächte mit Verbrechern zusammen gefangen gehalten und von diesen wie von den Beamten fast bis aufs Hemd ausgeplündert worden. Jetzt wäre es in der Tat an der Zeit, daß unsere Regierung diesen Uebergriffen der russischen Grenzpolizei durch energische Vorstellungen in Petersburg ein Ende bereitete.

* **Badische Stichwahlparolen.** Bisher steht fest, daß das Zentrum seinen Wählern empfiehlt, in keinem Fall einen Kandidaten der liberalen Blockparteien zu unterstützen und Wahlenthaltung zu üben, bei einer Entscheidungswahl zwischen dem Block und der Sozialdemokratie. Die Konservativen werden vom Zentrum unterstützt, während sie selbst keiner Partei helfen wollen. Die Sozialdemokratie hat auch keine Parole ausgegeben, so daß es noch unentschieden ist, ob sie, wie in Sachsen durch Neutralität den Konservativen gegen die Liberalen, in Baden dem Zentrum gegen die Liberalen helfen wird oder den Block gegen die klerikale Reaktion unterstützt. Auch die Blockparteien haben noch keine Stichwahlparole formuliert.

* **Die Nachwirkung von Jena** tritt jetzt in der Redaktion des „Vorwärts" klar zu Tage. Die neueste Nummer des sozialdemokratischen Zentralorgans bringt folgende höchst interessante Mitteilung: „Die Unterzeichneten haben durch Schreiben vom 21. Oktober 1905, in Beantwortung eines Entscheides des Parteivorstandes, ihre Kündigung eingereicht. Sie scheiden demnach am 1. April 1906 aus der Redaktion des „Vorwärts" aus." Und nun folgen die Namen von 6 Vorwärts-Redakteuren: „Büttner, Eisner, Gradnauer, Kaliski, Schröder, Wetzker." — Das läßt tief blicken!

* **Kleine politische Nachrichten.** Nach amtlichen Mitteilungen dürfte der Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und China schon in nächster Zeit erfolgen. Bisher hat China mit England, Japan und Portugal Handelsverträge abgeschlossen, und nach Beendigung der Verhandlungen mit Deutschland werden solche auch mit anderen Staaten eingeleitet werden. — Die Lübecker Bürgerschaftswahlen finden vom 14. bis 17. November statt. Es sind 40 Abgeordnete zu wählen. — Zum Regierungspräsidenten in Marienwerder als Nachfolger des Herrn von Jagow soll nach einem von der „Danziger Ztg." wiedergegebenen Gerücht Oberbürgermeister Dr. Kersten in Thorn ausersehen sein. Wie erinnerlich, ist Dr. Kersten als Landrat von Schlochau im Jahre 1899 wegen seiner Abstimmung bei der Kanalvorlage ebenso zur Disposition gestellt worden, wie der damalige Regierungspräsident von Jagow. Also fällt abermals einer die Treppe hinauf! Die „Köln. Ztg." glaubt annehmen zu dürfen, die Regierung werde dem Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt eine Denkschrift über die Fleischnot unterbreiten. — Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Kröbell der wegen sittlicher Verfehlungen, die ihm seinerzeit in einem Prozeß nachgewiesen worden waren, sein Pfarramt hatte niederlegen müssen, wurde dieser Tage mit 30 Mark Geldstrafe belegt, weil er unberechtigter Weise sich Pfarrer a. D. genannt hatte.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Ministerpräsident v. Gautsch amtsmüde.** Aus Wien wird uns geschrieben: In den hiesigen hohen Beamtenkreisen wird trotz aller Dementis erklärt, daß die Nachrichten von dem Rücktritte des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Gautsch nicht ohne Begründung seien und der Rücktritt in nicht ferner Zeit erfolgen dürfte. Der Ministerpräsident sei infolge seines Leidens den Mühen und Aufregungen seines Amtes plötzlich nicht gewachsen und soll auch bereits dem Kaiser hiervon Mitteilung gemacht haben. Man glaubt auch, daß Freiherr v. Gautsch den zu gewärtigenden mannigfachen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen beabsichtige, um sich nicht der Gefahr von Mißerfolgen auszusetzen. Es wird hierbei daran erinnert, daß der Ministerpräsident die gleiche Taktik beobachtete, als er zum Nachfolger des Grafen Badeni berufen wurde und einsehen mußte, daß er den auf ihn einstürmenden Schwierigkeiten nicht gewachsen sei. Es wird auch bestätigt, daß der Minister des Innern Graf Bylandt-Rheidt an die Spitze des Kabinetts zu treten berufen sein würde. Man will wissen, daß auch die Stellung des Finanzministers Dr. Kosel erschüttert sei.

* **Unerhört!** Der fanatische Haß der Tschechen gegen alles Deutsche wird wieder einmal durch folgende Mitteilung illustriert, die der „Berl. Lok.-Anz." aus Prag erhält. Danach wurde die Opernsängerin Margarete Siems aus Breslau, die an der Prager deutschen Landesbühne gastiert, in einem Wagen der städtischen elektrischen Straßenbahn von den Insassen und dem Kondukteur insultiert, weil sie mit letzterem Deutsch sprach. Der Wagen wurde angehalten und die Dame hinausgewiesen. Man weiß wirklich nicht, was bei diesen Menschen eigentlich größer ist: die Roheit, die Frechheit oder die Dummheit.

Frankreich.

* **Jaurès über die Revanchepolitik.** Der Artikel Jaurès' in der „Humanité", den wir schon kurz erwähnten, liegt jetzt im Wortlaut vor. Wir entnehmen ihm noch das Folgende: Jaurès sagt, daß der französische Ministerpräsident „der Revancheidee einen furchtbaren Streich versetzt hat, ohne daß er es wagen würde, sich dies selbst zu gestehen. Frankreich wird wohl nie eine bessere Gelegenheit für einen Revanchekrieg finden als die, die Herr Delcassé von langer Hand vorbereitet hatte. Frankreichs Wehrkraft hatte ihren Höhepunkt erreicht, seine Artillerie sogar die der anderen europäischen Armeen weit übertroffen, England seine Flotte in den Dienst Frankreichs gestellt und Italien, seiner traditionellen Politik entsprechend, sich entschieden England angeschlossen. Wann wird Frankreich, wenn es durch den Krieg den Frankfurter Vertrag zerreißen will, eine Gesamtheit so günstiger Umstände finden. Die Politik Delcassés war verhängnisvoll, sie verstieß gegen das innerste Interesse der republikanischen Demokratie, von dem das Interesse Frankreichs unzertrennlich ist. Diese Politik aber ist vom Gesichtspunkt der Revanche aus das Meisterwerk der französischen Diplomatie seit 35 Jahren. Rouvier hat es zum größten Wohle Frankreichs, der Republik und Europas über den Haufen geworfen. Welche Regierung könnte jetzt mit einiger Autorität die Revanchepolitik wieder aufnehmen?" Den Optimismus, der in dieser Frage liegt, teilt man in Deutschland natürlich nicht. Mit Delcassé sind durchaus nicht die Kräfte verschwunden, die ihn zu seiner Politik trieben, sie sind nur zurückgedrängt und können bei einer günstigen Gelegenheit wieder hervorbrechen und besseren Erfolg als letztes haben. Die Revancheidee ist noch immer lebendig. Es wurde ja auch in der berühmten Ministerratssitzung, in der Delcassé zu Falle kam, erklärt: „Wir sind noch nicht fertig!" Es wäre eine unheilvolle Indolenz, eine frevelhafte Leichtfertigkeit, wenn das Deutsche Reich den französischen Abgrund des Krieges, in den gewissenlose Staatsmänner des Auslandes es stoßen wollten, so schnell vergessen und sich nun schlafen legen wollte.

Italien.

* **Der Gesundheitszustand des Papstes.** Nach Mitteilungen des Doktor Lapponi hat sich der Papst eine leichte Erkältung zugezogen, sei jedoch nicht genötigt, das Bett zu hüten. Seit Januar habe der Papst keinen Anfall von Gicht gehabt. Der Papst fährt in der Erteilung von Privatauditzen fort, hat jedoch die öffentlichen Audienzen eingestellt.

England.

* **Ein englischer Offizier über die englische Armee.** Den Ausführungen eines erfahrenen höheren Offiziers, der von Zeit zu Zeit dem „Standard" wertvolle Beiträge liefert, die er als „ein afrikanischer Brigadier" zeichnet, sei folgende Stelle entnommen. Er erklärt: „So wie die Armee heute steht, hat sie weder Geschütze, noch Transportmittel, die für Aktionen ausreichend wären, und viele der Dienstzweige hinter der Front sind mangelhaft organisiert. Unsere Küstenverteidigung ist zum Teil veraltet, und die Heimattruppen sind der Zahl wie der Ausrüstung nach ungenügend. Dazu stehen sie schlecht."

* **Sir Edward Greys Rede** in der City findet, wie ein Bericht der „Voss. Ztg." aus London meldet, die Billigung der konservativen und auch der liberalen Presse, weil er die Kontinuität der auswärtigen Politik unter einer liberalen Regierung betonte. Zur Ergänzung des bereits gebrachten Auszuges lassen wir noch nachstehenden Bericht folgen: Grey macht die Presse, für die gespannten Beziehungen zwischen England und Deutschland verantwortlich. Die Beziehungen zwischen den Regierungen seien ganz korrekt. Wenn Deutschland ein besseres Einverständnis mit England wünscht, so sei England gern bereit, dazu die Hand zu bieten. Vorausgesetzt, daß die guten Beziehungen zu Frankreich dadurch nicht beeinträchtigt werden. Die Freundschaft des englischen Volkes sei ebenso zuverlässig und wertvoll, wie die Freundschaft von Monarchen und autokratischen Regierungen. Grey nimmt schließlich den persönlichen Charakter Lord Lansdownes gegen Wiener Preßangriffe in Schutz. Bei den nächsten allgemeinen Wahlen werden nicht über die auswärtige Politik, sondern über die Fiskalpolitik die Würfel fallen.

Rußland.

* **Russische Ministerberatung.** In der Privatwohnung des Grafen Witte in Petersburg fand ein Ministerrat statt, der speziell die Frage der Stellungnahme der Regierung zu den Volksmeetings erörterte. Das Resultat lautet: Die Meetings sind jetzt eine allgemeine Notwendigkeit. Die Einmischung der Polizei ist unzweckmäßig, sie führt nur zu einer Verschärfung der Lage, was unerwünscht ist. Ebenso ist die Anwesenheit administrativer Personen bei den Meetings unerwünscht. Ferner wurde die Frage aufgeworfen, die Räume der Hochschulen von derartigen Volksmeetings zu befreien. Witte trat energisch für die Freiheit der Versammlungen ein, weshalb die allernächste Sitzung des Ministerkonseils diese Frage zum Austrag bringen wird, ebenso die der Anweisung von Räumlichkeiten für freie Versammlungen, beispielsweise in großen Manegen. Sollten dennoch Gewaltmaßregeln ergriffen werden, um Meetings in den Hochschulen abzuhalten, so werden diese temporär geschlossen werden.

* **Ueber Pobjedonoszews Rücktritt** hat der Zar zwar noch immer keine Entscheidung getroffen, aber es gilt als ziemlich sicher, daß Pobjedonoszew seine Entlassung in Bälde erhalten dürfte. Die unmittelbare Ursache seines Demissionsgesuchs ist in dem von der Kommission Kobeko ausgearbeiteten Projekt zur Einführung von Preßfreiheit in Rußland und in der vom Zaren grundsätzlich bereits akzeptierten Bildung eines Ministerkabinetts zu sehen. Pobjedonoszew zieht es vor, zurückzutreten, bevor er durch die Macht der neuen Verhältnisse, die nach der Bildung des Ministerkabinetts eintreten werden, dazu gezwungen wird.

* **Der Rücktritt des Großfürsten Wladimir** wird auf persönliche Differenzen mit dem Zaren wegen Maßregelung des Großfürsten Sergij zurückgeführt. Dieser hatte, wie bekannt, die geschiedene Großherzogin von Hessen wider den Willen des Zaren geheiratet und wurde daher seiner militärischen Würde enthoben. Bei Vermittelungsversuchen zugunsten seines Sohnes ist nun Großfürst Wladimir selbst in lebhafte Meinungsverschiedenheiten mit seinem Neffen, dem Zaren, geraten, die zu seinem Rücktrittsgesuch geführt haben. Es heißt, daß Aussicht zur Versöhnung zwischen dem Zaren und dem Großfürsten vorhanden ist. Es mögen da übrigens noch politische Motive mitspielen. Großfürst Wladimir ist ebenso wie Pobjedonoszew Vertreter der streng absolutistischen Richtung am Zarenhofe, ein Gegner Wittes und dessen mehr konstitutioneller Anschauungen.

SLUB
Wir führen Wissen.